

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

37. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. November 2001, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Maren Kruse (SPD)

i. V. von Klaus-Peter Puls

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Klaus Schlie (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Thorsten Geißler (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/570	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage	6
Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken Drucksache 15/1157	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesdisziplinarordnung	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1228	
4. Bericht des Innenministeriums über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerber/innen in Schleswig-Holstein im Jahre 2000	8
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/1276	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung von § 15 a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Landesschlichtungsgesetz - LSchlG)	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/923	
6. Bedeutung und Sicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Schleswig-Holstein	10
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/1050	

7. Entschließungsantrag zur Telekommunikations-Überwachungsverordnung (TKÜV) 11

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/967

8. Terminplanung für das erste Halbjahr 2002 12

hierzu: Umdruck 15/1543

9. Verschiedenes 13

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss die Themen Situation der inneren Sicherheit und Lage der Polizei in Schleswig-Holstein - Drucksache 15/1078 -, Entwurf eines Kirchensteueränderungsgesetzes - Drucksache 15/1168 -, Bundesrichterwahl - Drucksachen 15/1180 und 15/1209 - von der Tagesordnung ab und erweitert sie um den Entschließungsantrag zur Telekommunikations-Überwachungsverordnung (TKÜV), Drucksache 15/967.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/570

hierzu: Umdrucke 15/690, 15/713, 15/807, 15/808, 15/823, 15/830, 15/841,
15/884, 15/949, 15/999, 15/1008, 15/1199, 15/1362

(überwiesen am 14. Dezember 2000)

Die SPD-Fraktion bringt den aus Umdruck 15/1611 ersichtlichen Änderungsantrag ein.

Auf Vorschlag von Abg. Dr. Wadepful verständigt sich der Ausschuss darauf, über dieses Gesetz in der Sitzung am 12. November 2001 abschließend zu beraten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage

Gesetzentwurf der Volksinitiative zur Sonntagsöffnung von Videotheken
Drucksache 15/1157

(überwiesen am 28. September 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Eingabenausschuss)

Die Vorsitzende weist auf das Schreiben des Innenministeriums, Umdruck 15/1566 (neu) - 2. Fassung - hin, nach dem bei einer Zustimmung des Landtages zu dem Vorhaben gegebenenfalls weitere Gesetzesänderungen notwendig seien. Sie schlägt vor, den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages zu beauftragen, eine entsprechende Formulierung zu erarbeiten. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesdisziplinarordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1228

(überwiesen am 19. Oktober 2001)

Abg. Hinrichsen berichtet davon, dass durch die geplante Neuregelung möglicherweise Probleme im Bereich der Schwerbehinderten eintreten könnten.

Abg. Rother legt dar, dass zu Beginn des Jahres 2002 eine Neufassung der gesamten Verordnung erfolgen solle. Im Rahmen einer Erarbeitung dieser halte er es für angebracht, diese Problematik zu diskutieren. Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handele es sich um eine Übergangsregelung, die dafür Sorge trage, dass auch Bundesbeamte eine entsprechende Vertretung wählen könnten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministeriums über die zahlenmäßige Entwicklung und Situation der Asylbewerber/innen in Schleswig-Holstein im Jahre 2000

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 15/1276

Abg. Hildebrand wirft die in der Vorlage des Innenministeriums ebenfalls angesprochene Frage auf, ob auf die Vorlage dieses Berichtes verzichtet werden könne.

Die Vorsitzende spricht sich gegen diesen Vorschlag aus und legt dar, dass der Bericht, selbst wenn er im Innen- und Rechtsausschuss nicht detailliert diskutiert werde, eine für die Abgeordneten hilfreiche Arbeitsmaterialie darstelle. - Abg. Rother und Abg. Fröhlich schließen sich dem an.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Innenministeriums zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung von § 15 a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung (Landesschlichtungsgesetz - LSchlG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/923

hierzu: Umdrucke 15/1092, 15/1238, 15/1240, 15/1242, 15/1295, 15/1311,
15/1312, 15/1334, 15/1336, 15/1377, 15/1426

(überwiesen am 30. Mai 2001)

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion steht die von Abg. Hildebrand aufgeworfene Frage nach der Begrenzung der Anordnung des vorgerichtlichen Schlichtungsverfahrens auf einen Landgerichtsbezirk. Er stellt die Frage in den Raum, ob es nicht sinnvoll sei, dies auf das Land auszudehnen. Im Rahmen dieser kurzen Diskussion verweisen sowohl Abg. Hinrichsen als auch Abg. Dr. Wadephul auf Praktikabilitätsgründe hin.

Der Ausschuss übernimmt sodann den aus Umdruck 15/1426 ersichtlichen Formulierungsvorschlag, § 3 des Gesetzentwurfs um einen neuen Absatz 2 zu ergänzen: „(2) Gütestellen im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 und 3 sind auch Rechtsbeistände, die Mitglied einer Rechtsanwaltskammer sind.“ Der Ausschuss ändert den Gesetzentwurf entsprechend und empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des so geänderten Gesetzentwurfs.

Ferner geht der Ausschuss auf den ebenfalls aus Umdruck 15/1426 ersichtlichen Formulierungsvorschlag zur Änderung des Ausführungsgesetzes zur Insolvenzordnung ein und empfiehlt der Landesregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bedeutung und Sicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1050

(überwiesen am 26. September 2001 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss ohne Aussprache, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1050, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entschließungsantrag zur Telekommunikations-
Überwachungsverordnung (TKÜV)**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/967

Der Ausschuss nimmt die Beratung des Antrag wieder auf und schließt sich einstimmig dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2002

hierzu: Umdruck 15/1543

Auf Anregung von Abgeordneten des Umweltausschusses kommen die Ausschussmitglieder überein, die jeweils für den Umweltausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss vorgesehenen Sitzungstermine am 6. März sowie am 13. März auszutauschen.

Der Innen- und Rechtsausschuss legt somit folgende Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2002 fest (jeweils Mittwoch, 14:00 Uhr):

- 16. Januar 2002
- 6. Februar 2002
- 27. Februar 2002
- 6. März 2002
- 27. März 2002
- 24. April 2002
- 22. Mai 2002
- 12. Juni 2002.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Wadehul bittet das Innenministerium, in der nächsten Sitzung über den Stand der Erarbeitung des Integrationskonzepts zu berichten.

Die Vorsitzende berichtet, dass Abg. Geißler einen Berichts Antrag zu der geplanten Änderung der Aufnahme von Rechtsreferendaren in den Beamtenstatus gestellt hat.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 14:35 Uhr.

gez. Monika Schwalm
Vorsitzende

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin